



An die
Kammer für Arbeiter und Angestellte
z.Hd. Herrn Präsident Erwin Zangerl
Maximilianstraße 7 a
6020 Innsbruck

Unser Zeichen: **Gleirscher/U**
SachbearbeiterIn:
DW:
Datum: 12.6.2014

Beschlossener Antrag der 165. Kammervollversammlung zum Thema „Erntehelfer“

Sehr geehrter Herr Präsident!
Lieber Erwin!

Bezug nehmend auf das Schreiben der Arbeiterkammer vom 23. Mai 2014 und insbesondere zum beigeschlossenen Antrag an die 165. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol am 16. Mai 2014 zum Thema „Erntehelfer - verstärkte Kontrollen gegen rechtswidrige Lohn- und Lebensbedingungen“ erlaube ich mir, Folgendes mitzuteilen:

Der Landarbeiterkammer Tirol, der gesetzlichen Interessenvertretung der unselbstständig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft sind Probleme im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Erntehelfern bei verschiedenen Arbeitgeberbetrieben im Umland von Innsbruck durchaus bekannt und wurde unser Rechtsreferat auch mehrmals in die Beratung und Vertretung von betroffenen Dienstnehmern eingebunden.

In diesem Zusammenhang findet auch eine intensive Zusammenarbeit mit der Land- und Forstwirtschaftsinspektion Tirol statt, die von der Landarbeiterkammer immer wieder auf auftretende Missstände hingewiesen wurde und auch weiterhin wird.

Zuletzt gab es zum gegenständlichen Thema eine Zusammenkunft mit Vertretern der Gewerkschaft PROGE und weiteren betroffenen Institutionen.

Der Ordnung halber möchte ich aber schon darauf hinweisen, dass laut Pressemeldungen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft nur eine Beanstandung durch die Finanzpolizei, in Betrieben, die Erntehelfer beschäftigen, jedoch mehr als 5.000 Beanstandungen durch die Finanzpolizei in Arbeitgeberbetrieben im Tourismus und ebenso über 5.000 Beanstandungen im Bereich der Bauwirtschaft im Jahr 2013 festgestellt wurden.

Im Zusammenhang mit der „Erntehelferangelegenheit“ darf ich für unsere Kammer als gegeben voraussetzen, dass wir uns im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten nach bestem Wissen und Gewissen für die Durchsetzung der Rechtsansprüche weiterhin einsetzen werden.

Ich schlage aber auch vor, dass wir die gegenständliche Angelegenheit zum Thema eines Gespräches machen sollten, um zu verhindern, dass mögliche gegenseitige Vorwürfe von gesetzlichen Interessenvertretungen über die Medien ausgetragen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Landarbeiterkammer Tirol



Andreas Gleirscher
Präsident